



Drei gute Gründe,



.....die SPD zu wählen:

1. Wir wollen weiter die Wirtschaft voranbringen – in traditionellen Feldern, aber auch auf Zukunftsfeldern wie den erneuerbaren Energien und der Gesundheitswirtschaft.
2. Wir wollen Familien weiter entlasten, indem wir die Elternbeiträge in den Kitas um bis zu 600 EUR pro Kind und Jahr absenken
3. Wir werden an unserem Kurs der soliden Finanzen festhalten.



.....die CDU zu wählen:

1. Die CDU steht für eine seriöse, ideologiefreie, pragmatische, an der Wirklichkeit orientierte Politik. Anders als andere Parteien sind wir für wirtschaftspolitische, umweltpolitische, bildungspolitische oder innenpolitische Großexperimente mit ungewissem Ausgang nicht zu haben.
2. Die Leistungsbilanz der CDU ist unübersehbar: Seit die CDU regiert, konnten in Mecklenburg-Vorpommern jährlich rund 100 Mio. EURO Schulden abgebaut werden und die Arbeitslosigkeit hat sich halbiert. Die CDU steht dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern diesen Erfolgsweg weiter beschreitet.
3. Die CDU steht für ein vertrauensvolles politisches Miteinander. Egal ob es um die Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geht, um die Eigenständigkeit von Hochschulen, Schulen und Kultur oder um die Wahrnehmung von Aufgaben durch die Kommunen: Die CDU traut den Menschen etwas zu, staatlichen Dirigismus lehnen wir ab.



.....DIE LINKE zu wählen:

1. Die LINKE steht für soziale Gerechtigkeit. Sie setzt sich dafür ein, dass die immer größer werdende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich überwunden wird.
2. DIE LINKE macht sich stark für eine chancengleiche Entwicklung aller Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und hat dafür konkrete Vorschläge entwickelt.
3. DIE LINKE ist konsequente Friedenspartei.



.....Bündnis 90/Die Grünen zu wählen:

1. Wir setzen uns für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger ein.
2. Wir wollen die Personalkonzepte dringend prüfen und dort anpassen, wo es erforderlich ist.
3. Wir sind die Partei, die heute die Lebensgrundlagen von morgen für unsere Kinder und Enkel erhält.



.....die FDP zu wählen:

1. Die FDP ist die einzige Partei, die den Bürgern nicht vorschreiben will, wie sie zu leben haben, wie ihre Lebensläufe zu schreiben sind, was sie essen sollen oder ähnliches. Wir Freien Demokraten wollen Chancenermöglichster sein, damit jeder seinen Weg unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft gehen und seinen Lebensentwurf frei gestalten kann. Daher setzen wir auf gleiche Chancen von Anfang an. Wir wollen die beste frühkindliche, schulische, berufliche oder akademische Bildung für jeden und keine Gleichmacherei.
2. Die FDP tritt für klare rechtsstaatliche Regeln genauso vehement und konsequent ein wie sie die Bürgerrechte und Grundfreiheiten verteidigt. Überbordende Bürokratie, unausführbare Gesetze und Verordnungen und eine unübersichtliche Zahl von Verwaltungsvorschriften müssen regelmäßig auf den Prüfstand. Das schafft Freiräume für Bürger, für die Wirtschaft und lässt zu, dass sich Verwaltungen auf den Kern ihrer Aufgaben konzentrieren können.
3. Die FDP möchte das Potenzial, das Mecklenburg-Vorpommern hat, ausschöpfen und freisetzen. Wir Freien Demokraten wollen den Rückzug aus der Fläche verringern und den demografischen Wandel nicht nur verwalten sondern ihn gestalten. Die Menschen sollen gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Mecklenburg-Vorpommern erfahren können und dort gut leben, arbeiten und wirtschaften können, wo andere Urlaub machen. Auf die Fragen und Ängste der Menschen, wie Beschäftigungssicherheit, Zukunft der Kinder, sozialer Abstieg, Altersversorgung wollen wir mit Lösungskompetenz, die wir uns tagtäglich im Beruf, im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik erarbeiten, antworten und nicht mit populistischen Parolen. Denn darin steckt nicht die Lösung sondern ein neues Problem.

## Statement der Spitzenkandidatin/des Spitzenkandidaten zum öffentlichen Dienst



Erwin Sellering (SPD)

„Mecklenburg-Vorpommern ist uns allen eine liebenswerte Heimat. Wir leben gerne hier, wir lieben die wunderschöne Landschaft und die einzigartige Natur. Viele von uns sind hier geboren. Andere sind im Laufe ihres Lebens hierher gezogen, weil sie sich mit großer Begeisterung für dieses Land hier eine Zukunft aufbauen wollen. Gemeinsam sind wir gut vorangekommen in den vergangenen Jahren.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern können stolz sein auf das Erreichte. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass wir gemeinsam auf gutem Kurs bleiben und dass sich unser Land weiter so gut entwickelt. Die SPD ist seit 1998 stärkste Kraft und stellt seitdem den Ministerpräsidenten in unserem Land. Gemeinsam mit den Menschen haben wir seitdem viele Verbesserungen erreicht. Ich bin stolz darauf, dass sich Mecklenburg-Vorpommern gut entwickelt hat und bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben.

Der öffentliche Dienst in Mecklenburg-Vorpommern hat wesentlich zur guten Entwicklung unseres Bundeslandes beigetragen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern haben die Herausforderungen der demografischen Entwicklung gut gemeistert. Wir wissen, dass wir von ihnen mit den Strukturreformen und mit den vielen Anpassungen der Behördenorganisation in den vergangenen Jahren viel verlangt haben. Es wurde mit viel Engagement und Fleiß daran gearbeitet, dass Mecklenburg-Vorpommern eine moderne Verwaltungsstruktur auf Landesebene und auf kommunaler Ebene vorweisen kann. Moderne Verwaltung ist immer auch ein Prozess, der nie abgeschlossen ist. Die Herausforderung der Zukunft ist die digitale Vernetzung. E-Government und E-Akten sind bereits in den öffentlichen Verwaltungen angekommen. Jetzt gilt es, diese Verfahren zu verbessern und die Schnittstellen zwischen den Behörden untereinander und zu den Nutzern außerhalb der Verwaltung zu optimieren.

Ich bin mir sicher, dass auch diese Herausforderung von den vielen fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst gemeistert wird. Die SPD und ich als Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl 2016 werden weiterhin alles tun, um eine moderne und bürgernahe öffentliche Verwaltung in unserem Bundesland zu unterstützen.

Vielen Dank an alle dort Beschäftigten für ihr Engagement.“



*Lorenz Caffier (CDU)*

Die CDU steht für einen starken Staat. Dieser starke Staat soll uns jedoch nicht vorschreiben, wie wir zu leben haben, was wir essen sollen oder wie wir unsere Kinder erziehen müssen. Der starke Staat der CDU schützt die Menschen, setzt Recht und Gesetz konsequent durch und baut auf eine leistungsfähige Verwaltung. Hierzu gehört eine vernünftige Personalausstattung. In denjenigen Bereichen, die unsere Sicherheit gewährleisten, also etwa bei der Polizei und bei der Justiz, ist daher ein Personalaufwuchs gerechtfertigt.

Die Politik der Landesregierung und die Beschlüsse unserer kommunalen Selbstverwaltungsgremien benötigen für die Vorbereitung und Umsetzung eine leistungsfähige Verwaltung. Die wachsenden Anforderungen des EU-Rechts, der Digitalisierung und nicht zuletzt der Bürger sowie die zunehmende Verdichtung der Arbeitsabläufe in den Verwaltungen erfordern kompetente und motivierte Angestellte und Beamte in unseren Verwaltungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst leisten sehr gute Arbeit. Sie haben erheblichen Anteil daran, dass Mecklenburg-Vorpommern heute als ein Bundesland dasteht, das seine Zukunft aus eigener Kraft wird stemmen können.



*Helmut Holter (DIE LINKE)*

Der öffentliche Dienst ist für uns zentraler Bestandteil zur Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Er muss personell so ausgestattet sein, dass er seine mannigfaltigen Aufgaben erfüllen kann. Das gilt für die allgemeine Verwaltung, Polizei und Justiz genauso wie für Schule und Hochschule oder die Steuerbehörden des Landes.



*Jürgen Suhr und Silke Gajek (Bündnis 90/Die Grünen)*

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes leisten einen immens wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes.

Dafür wollen wir uns bedanken. Wir sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den anstehenden Aufgaben und Herausforderungen stets als Partner. Wir

wollen einen starken und attraktiven öffentlichen Dienst, der für die zukünftigen Anforderungen fit ist. Dazu gehört nicht nur eine faire und angemessene Bezahlung, sondern auch gute Rahmenbedingungen für die tägliche Arbeit.

Dafür machen wir uns stark.





Cécile Bonnet-Weidhofer (FDP)

Eine moderne Verwaltung versteht sich für uns als Dienstleister des Allgemeinwohls, der Recht und Gesetz effektiv und effizient umsetzt. Die Landesverwaltung braucht gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter, die für Anliegen der Bürger und Unternehmen qualifizierte Ansprechpartner sind. Die Nachwuchsgewinnung von Fachkräften für die Verwaltung des Landes muss durch ein aktiveres Werben, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Fort- und Weiterbildungsangebote, modernes Gesundheitsmanagement, Aufstiegschancen und durch die Vermittlung eines attraktiven Berufsbildes sichergestellt werden. Für die rechtsstaatliche Zuverlässigkeit ist das Berufsbeamtentum mit seiner strikten Bindung an Recht und Gesetz von zentraler Bedeutung. In allen Bereichen der hoheitlichen Staatstätigkeit ist das Berufsbeamtentum zu erhalten. Dies schließt jedoch Reformen des Beamtenrechts hinsichtlich Leistungsgerechtigkeit, Durchlässigkeit der Laufbahnen, Flexibilität und Zukunftsfähigkeit des bewährten Systems nicht aus. Die technische Ausstattung der Verwaltung muss gerade in Zeiten von E-Government auf der Höhe der Zeit sein. Die Kommunikation des Bürgers und der Unternehmen mit der Verwaltung und umgekehrt muss so einfach wie möglich gehalten werden. Das Land darf seine Verwaltungsstrukturen nicht ausschließlich auf die Bevölkerungsentwicklung ausrichten, sondern muss der Situation eines dünn besiedelten Flächenlandes und den geografischen Besonderheiten Rechnung tragen. Die Landesverwaltung darf die Bürgernähe nicht vernachlässigen und muss sich gegebenenfalls neuer Strukturen bedienen, wie mobile Verwaltungen und Bürgersprechstunden vor Ort.

*Wird Ihre Partei der Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Dienstleistungen wie z.B. der Bahn insbesondere im ländlichen Raum gerecht werden?*

Die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen in unserem Land gut leben, lernen und arbeiten können. Es darf nicht rein wirtschaftlichen Interessen privater Unternehmen obliegen, wie unser gesellschaftliches Leben aussieht. Besondere Herausforderungen haben sich in den vergangenen 25 Jahren durch die rasante, demografische Veränderung vom „jüngsten“ zum „ältesten“ Bundesland in Deutschland ergeben. Die Abwanderung, gerade junger Menschen hat innerhalb von wenigen Jahren zu massiven Veränderungen in den Städten und Dörfern unseres Landes geführt. Deshalb freuen wir uns, dass dieser Trend gestoppt werden konnte und jetzt mehr Menschen ins Land ziehen als aus diesem abwandern. Mecklenburg-Vorpommern ist aber mit durchschnittlich 39 Einwohnern pro km<sup>2</sup> weiterhin das einwohnerschwächste Bundesland. Alle sich daraus ergebenden Probleme wurden in den vergangenen Jahren angepackt. Schulstrukturreform, Kreisgebietsreform, Strukturen in vielen Landesverwaltungen mussten umgesetzt werden. Alles nicht zum Selbstzweck, sondern um ein ordentliches und bezahlbares Angebot an öffentlicher





Daseinsvorsorge für die Bürger des Landes aufrecht zu erhalten. Wir sind sicher, dass all diese schmerzhaften Prozesse richtig waren um Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen. Wir sind immer dabei, intelligente Lösungen zu finden, die die Daseinsvorsorge, insbesondere auch im ländlichen Raum, aufrechterhält und verbessert.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine gut ausgebaute und angepasste Verkehrsinfrastruktur. Ziel ist es, diese zu erhalten und da, wo noch notwendig, auszubauen. Die in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte wollen wir zügig realisieren.

Für Fern-, Nah- und Güterverkehr gleichermaßen wichtig ist der Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Pasewalk–Stralsund auf eine Spitzengeschwindigkeit von 160 km/h. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Ostteil des Landes setzen wir uns für die Wiederherstellung der Bahnlinie Ducherow–Swinemünde/Heringsdorf über Karnin („Karniner Brücke“) ein. Usedom würde dadurch eine deutlich schnellere Bahnverbindung nach Berlin erhalten. Die angespannte Straßenverkehrssituation würde entlastet und damit die Umweltbelastung reduziert.

Um das heute bestehende Angebot im öffentlichen Personennahverkehr im Land aufrechterhalten zu können, ist zwingend erforderlich, dass der Bund die Länder so mit Regionalisierungsmitteln ausstattet, dass sie einen nachfragegerechten Schienennahverkehr anbieten können. Wir werden mit diesen Mitteln vor allem den Nahverkehr auf den besonders nachgefragten Strecken im Land stärken. Dort, wo Schienenverbindungen aufgrund zu geringer Fahrgastzahlen nicht ökonomisch und ökologisch vernünftig betrieben werden können, setzt die SPD auf leistungsfähigen Busverkehr und innovative Lösungen wie Ruf-Bus-Systeme und Anrufsammeltaxis. Um ein Umsteigen zu erleichtern, bedarf es an Bahn- und Busknotenpunkten ausreichend sicherer Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes, an den Grenzen von Kreisen und kreisfreien Städten zudem einer guten Verzahnung der Verkehre der verschiedenen Nahverkehrsanbieter. Innovative und die Mobilität stärkende Nahverkehrskonzepte der Landkreise werden durch uns unterstützt. Um den Schienenverkehr attraktiver und für alle nutzbar zu machen, wollen wir die Barrierearmut des Nahverkehrs weiter verbessern. Bahnsteige und Haltestellen müssen neu so gebaut werden, dass sie auch für die Älteren oder für Menschen mit einer Behinderung gut erreichbar und nutzbar sind. Auf schon bestehenden Bahnhöfen und Haltestellen müssen Hindernisse soweit wie möglich beseitigt werden, beispielsweise durch den Einbau von Aufzügen und Rampen. Gerade auch für den Tourismus sind familien- und behindertenfreundliche Verkehrslösungen sowie die Verbindung der Küsten- und Binnenlandurlaubsstandorte mit den Zentren und ihren touristischen Highlights eine wichtige Standortvoraussetzung. Wir müssen in Zeiten des demografischen Wandels auch neue Wege bei der Daseinsvorsorge gehen, damit die ländlichen Räume nicht abgekoppelt werden. Dies erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Land, seinen Kommunen und anderen Akteuren, denen bei der Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle zukommt, beispielsweise aus dem Bereich der Gesundheitsversorgung, der Wohnungswirtschaft oder auch des Einzelhandels. Wir müssen diese Aufgaben deshalb in einer engen Partnerschaft angehen.

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist gekennzeichnet durch eine inhomogene Siedlungsstruktur. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, die Daseinsvorsorge und Infrastruktur in allen Bereichen des Landes auf dem guten Stand zu halten und zukunftsfähig auszubauen. Dabei geht es insbesondere um die digitale Infrastruktur, die regionale Entwicklung, die kulturelle Entwicklung, eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, um Teilhabe und Familien, um Bildung, Forschung und Wissenschaft und nicht zuletzt um die Sicherheit der Menschen. Gerade diesen Bereichen will sich die CDU in der kommenden Legislatur deshalb besonders widmen.



DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern ein. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist für Die LINKE ein Grundpfeiler, um die Daseinsvorsorge in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.



DIE LINKE will einen starken und modernen Öffentlichen Dienst. Ihr ist bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür motiviert und hochqualifiziert sein müssen. Die öffentliche Verwaltung soll daher in allen Bereichen personell und sachlich so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben gerne und in hoher Qualität wahrnehmen kann, damit sie auch neue Herausforderungen meistert. Mobilität ist für DIE LINKE ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und eine Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern. Auch ohne Auto muss man am öffentlichen Leben teilhaben können. Gerade im ländlichen Raum ist der Öffentliche Personenverkehr völlig unzureichend. Diesen wollen wir verbessern, Bahn, Bus und andere Verkehrsmittel sollen verknüpft und ergänzt werden.

Wir werden die ländlichen Räume nicht abkoppeln. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit mit der Stilllegung von Bahnlinien wie der Südbahn oder dem Rückzug der Gerichte aus der Fläche falsche Entscheidungen getroffen und den ländlichen Raum geschwächt. Wir wollen die Bahnangebote im Land stärken und ausweiten. Wir entlassen den Staat nicht aus seiner Daseinsvorsorgepflicht für die ländlichen Räume.





*Wird Ihre Partei Schritte zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes für das Bestandspersonal einleiten aber auch, um Anreize für qualifizierten Nachwuchs zu schaffen?*

Der öffentliche Dienst ist im Vergleich zur freien Wirtschaft auch weiterhin ein sehr attraktiver Arbeitgeber. Selbst im Ländervergleich liegt die Besoldung von Beamtinnen und Beamten im oberen Drittel. Neben dem sicheren Arbeitsplatz und der vergleichbar guten Bezahlung sind auch weiche Faktoren für die Attraktivität eines Arbeitsplatzes von Bedeutung. Zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie gibt es Gleitzeit und in einzelnen Bereichen die Möglichkeit für Telearbeit. Die Implementierung des Gesundheitsmanagements wird weiter mit Leben erfüllt und ist je nach Bedarf und Nachfrage tätigkeitsbezogen und bedarfsgerecht organisiert. Mit dem Gleichstellungsreformgesetz M-V, das im Juli 2016 vom Landtag verabschiedet wird, werden gesetzliche Grundlagen zur besseren Förderung zur Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben mit der Berufstätigkeit geschaffen.



Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt auch in Zukunft auf einen starken und leistungsfähigen Staat. Dieser Staat schützt die Menschen, setzt Recht und Gesetz konsequent durch, baut auf eine leistungsfähige Verwaltung und stellt eine hochwertige Bildung sicher. Eine vernünftige Personalausstattung bei Polizei, Justiz, Verwaltung und in der Bildung ist damit untrennbar verbunden. Die Stellenausstattung des öffentlichen Dienstes und deren Aufgabenbestand müssen stetig überprüft werden. So ist es beispielsweise notwendig im Bereich von Polizei und Justiz aufgrund des Aufgabenzuwachses der letzten Jahre eine Neubewertung der Stellenausstattung vorzunehmen. Allein die Polizei im Land benötigt 555 mehr Polizisten im Land; bei der Justiz sind 100 neue Stellen gerechtfertigt. Außerdem müssen im Bereich der Polizei die Aufstiegschancen verbessert werden. Dazu gehört in einem zweiten Schritt auch, die Ausbildungskapazitäten zu verbessern.





# Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

DIE LINKE hält an ihrer Auffassung fest, dass das Heraufsetzen der Altersgrenze für Verbeamtungen ein Fehler war und die Attraktivität der Beamtenlaufbahn in Mecklenburg-Vorpommern geschmälert hat. Gerade auch um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern und Arbeitsentlastung zu schaffen, müssen jetzt junge Nachwuchskräfte gefunden werden. Den Einstellungskorridor für junge Fachkräfte will DIE LINKE daher ausbauen und in sensiblen Bereichen wie beispielsweise Schule, Polizei, Steuern und Justiz für einen Ausbau von Personalstellen sorgen. Geordnete und regelmäßige Beförderungen bei den Laufbahnbeamten müssen gewährleistet werden. Zu einem sogenannten Beförderungsstau, gerade bei den unteren Laufbahngruppen, darf es nicht kommen.



Wir unterstützen weitere Schritte, um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu steigern. Entsprechende Maßnahmen sind für uns ein wichtiger Baustein, um die Bedingungen für das bestehende Personal zu verbessern. Hohe Krankenstände in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind ein Warnsignal. Für uns stehen Maßnahmen im Fokus, die die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben weiter verbessern, die die Flexibilität in unterschiedlichen Lebensphasen, aber auch zeitlich und örtlich erhöhen und die die Gesundheitsförderung unterstützen. Wir wollen zudem ausreichende Ausbildungskapazitäten sicherstellen. Wir scheuen auch nicht vor einer ehrlichen Aufgabenkritik zurück, um den öffentlichen Dienst zu entlasten.



Den Freien Demokraten liegen gute Bedingungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst am Herzen. Nur zufriedene und gesunde Beschäftigte können sich den alltäglichen Herausforderungen einer schnelllebigen Gesetzgebung, sich immer schneller verändernder Prozesse und digitalisierter Verfahren erfolgreich stellen. Es muss genauer analysiert werden, warum es zu immer mehr Überlastungsanzeigen, Arbeitsverdichtungen, Langzeiterkrankungen kommt und warum das Gesundheitsmanagement, Betriebliches Wiedereingliederungsmanagement so wenig greift.



Attraktivität wollen wir steigern durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Flexibilisierung in der Arbeitszeitgestaltung, Ausbau von Heim- und Telearbeitsplätzen. Zur Gewinnung von Leistungsträgern für die Öffentliche Verwaltung müssen die Berufsbilder besser beworben werden, der Einstieg durch Praktika und Führungen erleichtert werden. Gern werden wir uns an einer Wertediskussion beteiligen und diese befördern, wenn es um Anerkennung der Leistung der Beschäftigten für das Gemeinwohl geht.

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

*Wird Ihre Partei an den bestehenden Personalkonzepten festhalten?*

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hält weiterhin an dem Landespersonalkonzept fest. Der Altersdurchschnitt in der Landesverwaltung ist hoch und es muss rechtzeitig darauf geachtet werden, dass entsprechend junges, gut ausgebildetes Personal bereit steht. Dafür sind in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow entsprechend der Bedarfsermittlung in der Landesverwaltung mehr Ausbildungsplätze geschaffen worden. Das Land sichert den Absolventinnen und Absolventen nach erfolgreichem Abschluss (Erreichen einer Mindest-Abschlussnote) die Übernahme in den Landesdienst zu..



Mit den bisherigen Personalkonzepten wurde das Ziel verfolgt, bis zum Jahr 2020 den durchschnittlichen Stellenbestand der westlichen Flächenländer zu erreichen. Im Sinne einer auch zukünftig sicher zu stellenden leistungsfähigen und qualitativ hochwertigen Verwaltung waren diese Einschnitte in den Personalkörper notwendig. Unserer Auffassung nach dürfen Personalkonzepte jedoch keine starren Gebilde sein. Vielmehr müssen sie stetig fortgeschrieben und aktualisiert werden, wobei alle Einflussfaktoren einbezogen werden müssen, um eine leistungs- und zukunftsfähige Verwaltung sicherzustellen. Ein starres Festhalten an beschlossenen Konzepten ohne den Einbezug aktueller Entwicklungen würde der Realität nicht gerecht werden und in der Konsequenz kontraproduktiv wirken.



Nein. Die Personalkonzepte müssen dringend überarbeitet werden. Seit Jahren fordert DIE LINKE, die bestehenden Personalkonzepte zu überprüfen und anzupassen. Ein schlichtes Festhalten an den Einsparvorgaben der bestehenden Personalkonzepte hält DIE LINKE für falsch. Vielmehr muss geschaut werden, dass die Personalausstattung angemessen ist und sich an den tatsächlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung orientiert..



Die bestehenden Personalkonzepte gehören dringend auf den Prüfstand. Die gutachterliche Untersuchung der Personalausstattung bei der Polizei zeigt, dass wir nicht einfach immer weiter am Personalabbau festhalten können, ohne zu prüfen, ob alle Aufgaben nach wie vor erfüllt werden können. Eine Aufgabenkritik ist bei der Polizei überfällig. Bei den Lehrer steuern wir auf einen akuten Mangel



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

ab 2020 hin, wenn wir nicht dringend die Ausbildungskapazitäten erhöhen. Diese beiden Beispiele machen deutlich, dass wir alle Personalbereiche dringend überprüfen sollten. Zudem wird es eine wichtige Aufgabe sein, qualifiziertes und junges Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Bei den bestehenden Personalkonzepten muss differenziert werden. Hier lassen sich nicht alle Bereiche und Strukturen vereinheitlichen. Dem weiteren Rückzug der Verwaltung aus der Fläche stehen wir skeptisch gegenüber, zumal das viel beschworene E-Government sich nicht durchsetzen lässt, wenn die Digitalisierung lange verschlafen wurde. Dass auf den demografischen Wandel reagiert werden muss, ist unbestritten, aber wir Freien Demokraten setzen auf innovative und mobile Lösungen. Jedes Personalkonzept muss für seine Wirksamkeit und Akzeptanz breit mitgetragen werden, daher setzen wir auf Mitbestimmung und Beteiligung der Betroffenen, spätere Evaluation und ggf. auch Nachsteuerung



*Wird Ihre Partei die künftigen Tarifergebnisse grundsätzlich zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen?*

Die Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst werden auf die Beamtinnen und Beamten des Landes wirkungsgleich übertragen. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung würde den unterschiedlichen Systemen von Tarif- und Beamtenrecht nicht gerecht und widerspricht der wirkungsgleichen Übertragung. Nicht die Beamtinnen und Beamten würden abgehängt, sondern die Tarifangestellten. In der Begründung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungs- und Amtsbezügen für die Jahre 2016 und 2017 in Mecklenburg-Vorpommern“ Landtagsdrucksache 6/5031 und der dazugehörigen Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/5388 sind die Berechnungsmethoden für die wirkungsgleiche Übertragung detailliert dargestellt. Dort können Sie ebenso wie die zustimmenden Voten der Gewerkschaften auf der Internetseite des Landtags nachlesen. Wenn Sie es wünschen, senden wir Ihnen diese Drucksachen zu. Natürlich bieten wir Ihnen auch ein persönliches Gespräch an.



Das Tarifrecht und das Besoldungsrecht sind nicht gleich. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Anpassung der Besoldung so ausfällt, dass die Beamten in Mecklenburg-Vorpommern, trotz der Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern ein vergleichsweise finanzschwaches Bundesland ist, im



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



bundesweiten Vergleich gut bezahlt werden. Mit Erfolg: Es gibt nur wenige Bundesländer, die Ihre Beamten besser bezahlen, als Mecklenburg-Vorpommern. Vor einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung der Tarifabschlüsse müssen stets verschiedenste Parameter mit in Betracht gezogen werden. Zunächst gibt es keine Verpflichtung, den Tarifabschluss in jeglicher Hinsicht deckungsgleich zu übernehmen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass das Land bestrebt ist, zwischen Bezügeanpassungsgesetzen und Doppelhaushalten stets Parallelität zu wahren. Die sich daraus ergebende haushälterische Planungssicherheit ist für das Land ein nicht zu unterschätzender finanzieller Stabilitätsfaktor. In diesem Zusammenhang sei auch auf die verankerte Revisionsklausel hingewiesen, mithilfe derer eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Korrektur der Bezügeanpassung vorgenommen werden kann. Zu berücksichtigen ist überdies auch die Regelung zur Verminderung der Erhöhungssätze um 0,2% zum Aufbau einer Versorgungsrücklage. Diese Regelung gilt im Übrigen nicht allein für Mecklenburg-Vorpommern sondern auch für den Bund sowie zahlreiche andere Bundesländer.

Ja. Bei der letzten Anpassung des Besoldungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die Linksfraktion im Landtag Mecklenburg- Vorpommern wiederholt gefordert, dass die Tarifergebnisse für die Angestellten im öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes übertragen werden. Es gab und gibt keine sachlichen Gründe, die Beamten des Landes in dieser Frage zu benachteiligen. Der Antrag der Linksfraktion wurde allerdings mehrheitlich abgelehnt.



Wir setzen uns für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger ein. Wichtig ist dabei für uns, dass das Ergebnis gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften vereinbart wird.



Ja, wir Freien Demokraten halten nichts davon, dass bestimmte Berufsgruppen von anderen abgekoppelt werden. Die Gründe für Tarifierhöhungen liegen vor allem in steigenden Lebenshaltungskosten und diese betreffen Tarifbeschäftigte genauso wie Beamte und Versorgungsempfänger. Kosmetik im Landeshaushalt sollte nicht über Verzögerungen oder Abschlüsse bei denen erfolgen, die für ihre Rechte nicht streiken dürfen.



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

*Wird Ihre Partei sich für Möglichkeiten eines flexiblen Renten- bzw. Pensionseintritts und für ein gesichertes Leben im Alter im Land einsetzen?*

Die SPD hat sehr dafür gekämpft, dass Menschen, die mindestens 45 Jahre in das Rentensystem eingezahlt haben, ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können. Hierbei haben wir insbesondere an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedacht, die schon mit jungen Jahren in das Berufsleben eingetreten sind. Gerade in vielen Branchen des Handwerks, der Landwirtschaft und der Industrie fällt es älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach 45 Jahren Arbeit schwer, noch die geforderten Arbeitsleistungen zu erbringen. Oft gibt es in diesen Branchen keine Möglichkeiten, eine Weiterbeschäftigung mit weniger körperlicher Belastung zu gewährleisten. Da sich das beitragsgebundene Rentensystem von dem alimentationsgebundenen Beamtenversorgungssystem grundlegend unterscheidet, kann hier kein direkter Vergleich herangezogen werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten im Vergleich zu Beamtinnen und Beamten auch keine Familienzuschläge, oder sonstige, in der Alimentationspflicht der Dienstherrn begründete Vergünstigungen. Wir können nicht erkennen, dass es in Deutschland eine grundlegende, politische Bewegung gibt, das Beamtenrecht und das Arbeitnehmerrecht insgesamt anzugleichen. Es kann aus unserer Sicht nicht richtig sein, dass nur einzelne, zum Vorteil reichende Anpassungen einseitig zugunsten des Beamtenrechts erfolgen sollen..



Ja, dabei müssen natürlich der demografische Wandel und dessen besondere Herausforderungen im Blick behalten werden. Eine Rente mit 70 lehnen wir ab, gerade für körperlich schwer arbeitende Menschen ist eine Renteneintrittsalters völlig unrealistisch.



Anhebung des

Ja. Soweit der Wunsch arbeitnehmer- bzw. beamtenseitig besteht und der Arbeitgeber bzw. der Dienstherr damit einverstanden ist, spricht aus Sicht der Linksfraktion nichts gegen einen flexiblen Renten- bzw. Pensionseintritt. Es darf nicht zu einer generellen Arbeitszeitverlängerung für Arbeitnehmende oder Beamte kommen. Der Einsatz für ein gesichertes Leben im Alter ist Teil unseres politischen Selbstverständnisses. Das Absinken des Rentenniveaus ist aufzuhalten und umzukehren.



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



Einige Menschen wollen bereits vor dem 63. Lebensjahr in Altersteilzeit bzw. in den Ruhestand gehen, andere wollen über die Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig bleiben. Wir unterstützen die Möglichkeiten für einen flexiblen Renten bzw.



Pensionseintritt. Das Renteneintrittsalter sollte daher keine starre Grenze mehr sein. Altersteilzeit sollte bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein. Bei allen Maßnahmen muss grundsätzlich klar sein, dass das Leben im Alter gesichert ist. Hierzu gehört für uns auch eine Grüne Garantierente, die sicherstellt, dass alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet haben, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, eine Rente beziehen, die oberhalb der Grundsicherung liegt.

Ja, die FDP steht in der immer wieder aufkommenden Renteneintrittsaltersdiskussion für eine umfassende Flexibilisierung. Das Bismarcksche Versorgungssystem war gut, heute müssen wir uns aber längst veränderten Lebensbedingungen stellen, zum einen werden die Menschen glücklicherweise älter, zu anderen stellt die Vielzahl an Berufen völlig unterschiedliche Anforderungen an den einzelnen Beschäftigten. Daher kann die Antwort nicht ein dogmatisch vereinheitlichtes Renteneintrittsalter sein. Wir Freien Demokraten haben das selbstbestimmte Leben als einen Schwerpunkt in unser Wahlprogramm aufgenommen, und zwar selbstbestimmt in allen Lebenslagen, also auch bei Krankheit und Alter. Hier wollen wir so viel Freiraum wie möglich schaffen, damit jeder in Würde altern kann und über sein Leben im Alter so lange wie möglich frei entscheiden kann.



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion  
landesbund  
mecklenburg-  
vorpommern

*Wird Ihre Partei eine weitere schleichende Abwertung der Jahressonderzahlung verhindern?*

Wir können keine schleichende Abwertung von Jahressonderzahlungen erkennen. Wir sind gern zu einem Gespräch bereit, um Ihre Argumente in dieser Frage zu erörtern.



Sonderzahlungen sind ein wichtiger Beitrag, um den Bediensteten Wertschätzung und Anerkennung für Ihre geleisteten Tätigkeiten entgegen zu bringen. Dabei sind jedoch stets die momentanen finanziellen Rahmenbedingungen des Landes zu beachten. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch künftig darauf einwirken, dass die Berechtigten von Sonderzahlungen eine solche in angemessener Höhe erhalten.



Eine weitere Abwertung der Jahressonderzahlung muss vermieden werden. DIE LINKE wird sich für eine Überprüfung der Konditionen und Bedingungen der Jahressonderzahlung einsetzen.



Die schrittweise Absenkung der Jahressonderzahlung sehen wir kritisch. Die weitere Ausgestaltung der Jahressonderzahlung sollte zusammen mit der kommenden Besoldungsanpassung geklärt werden.



Ja. Wir Freien Demokraten wollen keine Gehaltskürzungen durch die Hintertür. Es ist trügerisch, einerseits Erhöhungen zu beschließen und andererseits über Kürzungen bei Zulagen, Sonderzahlungen oder auch über Beihilfeeinschränkungen von den Erhöhungen wieder etwas einzustreichen. Wir Freien Demokraten geben fair verhandelten und transparenten Gehaltsanpassungen den eindeutigen Vorzug.



## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

*Wird Ihre Partei Sonderzahlungen (wie Polizei, Feuerwehr etc.), wo noch nicht geschehen, ruhegehaltstfähig machen und dynamisieren?*

Im aktiven Dienst können Bedienstete des öffentlichen Dienstes, je nach Einsatzgebiet, Sonderzahlungen wie Gefahrenzulagen, Erschwerniszulagen, Schichtzulagen erhalten. Mit Eintritt in den Ruhestand entfallen diese Umstände, die zu den Sonderzahlungen im aktiven Dienst berechtigen. Es kann daher nicht sachgerecht sein, dass diese Sonderzulagen der Versorgungsleistung zugerechnet werden. Für ein gesichertes Leben im Alter sind die entsprechenden Versorgungsbezüge entsprechend der Alimentationspflicht der Dienstherrn vorgesehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten Renten entsprechend ihrer eingezahlten Beiträge.



s. vorherige Frage



Grundsätzlich steht DIE LINKE einem solchen Vorschlag aufgeschlossen gegenüber. Im Abwägungsprozess sind die berechtigten Interessen der Beschäftigten mit den haushaltspolitischen Auswirkungen in Einklang zu bringen..



Wir sehen einen Anpassungsbedarf bei den Zulagen. Die Fragen nach dem konkreten Umfang und der Ausgestaltung sind im Rahmen der nächsten Besoldungsanpassung zu beantworten.



Sonderzahlungen gleichen bestimmte Nachteile, Belastungen oder besondere Inanspruchnahmen für einige Beschäftigte aus. Diese müssen natürlich gemeinsam mit dem Gehalt auf Räder gesetzt werden. Das heißt Anpassungen an Inflation, an Teuerungen müssen sich auch dort widerspiegeln.

